

Koalitionsausschuss: Söder und Dobrindt setzen auf Zusammenarbeit!

Koalitionsausschuss der CSU unter Söder tagt nach jüngstem Konflikt. Wichtige Entscheidungen zur Regierungspolitik stehen an.



München, Deutschland - Am 19. Mai 2025 hat die Bayerische Staatskanzlei unter der Leitung von CSU-Parteichef Markus Söder ihre neue Rolle im politischen Gefüge Deutschlands weiter definiert. Ein Koalitionsausschuss wurde etabliert, um Konflikte in der schwarz-roten Koalition zu klären. Dabei wird die CSU von Söder, Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und Landesgruppenchef Alexander Hoffmann vertreten. Diese Entscheidung gab Söder nach einer CSU-Vorstandssitzung in München bekannt, während Generalsekretär Martin Huber auf eine Teilnahme verzichtet hat. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass sich die Partner mindestens einmal im Monat treffen, aber auch zusätzlich bei Bedarf zusammenkommen können, wenn erst einer der Partner dies wünscht. Diese Gespräche werden für

die kommenden Herausforderungen entscheidend sein.

Die Grundsteine für diese Zusammenarbeit wurden bereits am 5. Mai 2025 gelegt, als die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ unterzeichneten. Der 144 Seiten umfassende Vertrag stellt die mittlerweile fünfte schwarz-rote Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Friedrich Merz wurde als Unionskandidat für das Amt des Bundeskanzlers nominiert und steht vor seiner ersten Bewährungsprobe, der Wahl, die am kommenden Dienstag stattfinden soll. Die SPD wird am Montag bekanntgeben, wer die Ministerposten übernehmen wird. Merz äußerte Optimismus dieses Bündnis als „Arbeitskoalition“ zu gestalten und bekräftigte die Notwendigkeit eines „Deutschlandtempo“, um die anstehenden Reformen in Angriff zu nehmen.

Herausforderungen und Reformen

Die neue Koalition sieht sich vier zentralen Herausforderungen gegenüber: Die Wirtschaft soll angekurbelt, die irreguläre Migration eingedämmt, die Haushaltspläne für 2025 und 2026 umgesetzt sowie die außenpolitische Rolle Deutschlands neu definiert werden. Erste Ergebnisse dieser Maßnahmen sollen bis zum Sommer sichtbar sein. Zudem hat die SPD mit 84,6 % für den Koalitionsvertrag gestimmt, was die Basis für die künftige Zusammenarbeit bildet. Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte äußerte, dass viele Bürger keine hohen Erwartungen an die Regierung haben, was die neuen Partner zusätzlich unter Druck setzt, schnell erste Erfolge zu zeigen.

Der Koalitionsvertrag umfasst mehrere zentrale Vereinbarungen in den Bereichen Steuern, soziale Absicherung und Energiepolitik. So ist eine Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen in etwa zwei Jahren vorgesehen, während der Solidaritätszuschlag für einkommensstarke Bürger bleibt. Außerdem soll eine Entlastung energieintensiver Unternehmen durch einen Industriestrompreis erfolgen, und

auch die Stromsteuer wird auf den EU-Mindestwert gesenkt. Die neue Regierung plant zudem eine Umbenennung des Bürgergeldes in „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ und will striktere Regelungen zur Jobvermittlung einführen.

Einblick in die neuen Ministerien

Die Aufteilung der Ministerien reflektiert die Machtverhältnisse innerhalb der Koalition: Die SPD erhält sieben Ministerien, darunter die für Finanzen und Arbeit, während die CDU sechs Ministerien erhält und die CSU drei. Diese Struktur wird maßgeblich mitbestimmen, welche Politik in den kommenden Jahren verfolgt wird. Ein bedeutender Einfluss auf die Ministerien wird auch durch die Wahl des neuen Bundeskanzlers Merz erwartet, der 316 Stimmen im Bundestag benötigt, wobei 328 Abgeordnete von Union und SPD vertreten sind.

Die Einigung auf den Koalitionsvertrag stellt das Ergebnis intensiver Verhandlungen zwischen den Parteien dar und markierte einen Neubeginn für die Regierung in Deutschland, nachdem die erste Ampelkoalition gescheitert war. Die strategischen Entscheidungen, die in den nächsten Monaten getroffen werden, könnten den Kurs Deutschlands für die kommenden Jahre prägen und erfordern ein deutliches Engagement aller Beteiligten. **PNP** berichtet, dass die CSU entschlossen ist, diesen Weg aktiv mitzugestalten und die eigenen Ansprüche innerhalb der Koalition zu vertreten.

Die Verhandlungen und die bevorstehenden Wahlen markieren somit einen Wendepunkt für die deutsche Politik und die große Koalition, die in der Vergangenheit von unterschiedlichen Meinungen und politischen Kämpfen geprägt war. **ZDF** und **Deutschlandfunk** zeigen auf, dass die Regierungen der Zukunft sich auf ein neues Arbeiten einstellen müssen, um den Erwartungen und Herausforderungen gerecht zu werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	München, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.zdf.de• www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de